

## Die Einflüsse der zentralen Geldumlaufplanung auf Planerfüllung und monetäre Stabilität

Von Friedrich Haffner, Münster/W.

Diese Studie beschäftigt sich mit einer Fragestellung, die in den Zusammenhang einer für sozialistische Planwirtschaften<sup>1</sup> grundlegenden Problematik gehört: Wie kann ein monetäres-finanzielles System mit einer zentralen Planwirtschaft, die ihrer theoretischen Natur nach natürlicher-materieller Art ist<sup>2</sup>, zu einer Einheit verbunden werden? Die Thematik wurde unter verschiedenen Schlagworten behandelt: Mengenplanung und Preisplanung, Money and Plan oder auch in der Diskussion um Ware-Geld-Beziehung und die Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus. Nachdem die Existenzberechtigung für das Geld im Sozialismus kaum noch in Frage gestellt wird, besteht die zentrale Problematik darin, wie die notwendige und geforderte „Einheit von materieller, wertmäßiger und finanzieller Planung“ erreicht werden kann.

Das hier zu behandelnde Thema, das die Auswirkungen der Geldumlaufplanung, die neben der Preis-, Finanz- und Kreditplanung nur einen Sektor des monetären Planungsbereichs bildet, auf die Erfüllung der staatlichen Pläne und die Aufrechterhaltung der monetären Stabilität untersucht, läßt bereits eine Reihe von Fragen der oben genannten Problematik, z. B. die nach Ursachen und grundsätzlicher Verträglichkeit beider Systeme, hinter sich und basiert auf der Hypothese, daß das Geldsystem sich nicht passiv verhalte, nicht reine Evidenzfunktionen wahrnehme, sondern aktiv die Planwirtschaft beeinflusse<sup>3</sup>. Soweit Geld nicht rein als ein Instrument der Planrealisation gedacht wird — ein

---

<sup>1</sup> Unter sozialistischen Planwirtschaften werden hier alle die Wirtschaftssysteme verstanden, die das sowjetische Wirtschaftsmodell, den sowjetischen Sozialismus, übernommen haben. Die unkritische Übernahme des Attributs „Sozialistisch“ kommt dem Selbstverständnis entgegen, schließt aber eine kritische Interpretation nicht aus.

<sup>2</sup> Zumindest gilt dies für die Interpretation von W. Eucken und K. P. Hensel (1954). Auch eine traditionelle Richtung marxistischer Interpretation hält am Absterben der Ware-Geld-Beziehung fest und betont ihre nur formale Bedeutung (vgl. hierzu Valovoj, 1974, S. 100).

<sup>3</sup> Vgl. dazu Hirsch (1957, S. 26) und Brus (1971, S. 113 f.).

Gedanke, der seiner Genese aus der Tauschwirtschaft zuwiderlaufen würde — wird damit angedeutet, daß Einflüsse des Geldsystems auf die Planung nicht mit den Planzielen übereinzustimmen brauchen, daß vielmehr das monetäre System ein eigenständiger, selbst Kausalketten auslösender Teil des gesamten Planungssystems sei<sup>4</sup>. Dies im einzelnen darzutun, ist die Aufgabe dieses Aufsatzes. Zu diesem Zweck ist es notwendig, einige vorwiegend institutionell verursachte Bedingungen des Geldsystems (I) und die theoretische Einordnung des Geldsystems in das Planungssystem (II) vorzustellen, aus denen sich die Instrumente der Geldumlaufplanung ableiten lassen. Dabei zeigt sich, daß Planerfüllung und monetäre Stabilität im Bargeldkreislauf (III) und im Buchgeldkreislauf (IV) unterschiedlich tangiert werden, so daß erst im Zusammenfluß sich bestimmte monetäre Impulse ergeben. Auf die Einbeziehung der außenwirtschaftlichen Beziehungen und anderer Einflüsse wird verzichtet.

### **I. Institutionelle Bedingungen des monetären Systems**

Die hier analysierte monetäre Planung ist Teil einer sozialistischen Planwirtschaft nach der Struktur des sowjetischen Sozialismus, wie sie namentlich in Osteuropa und der DDR realisiert ist. Auf die Darstellung dieses Systems, das neben der direkten Produktionsplanung vor allem staatliche Preis- und Lohnbildung, Investitions- und Zirkulations-, Arbeitskräfte- und Regionalplanung einschließt, muß hier verzichtet werden. Für das Folgende ist jedoch der Tatbestand wichtig, daß die Betriebe und andere Einheiten trotz dieses umfassenden Planungsanspruches gleichwohl nicht total geplant werden, sondern daß sie in begrenztem Umfang selbständige Entscheidungen treffen und subjektive Zielfunktionen verfolgen können<sup>5</sup>. Soweit in den Betrieben entsprechend dem offiziell installierten, sogenannten Prinzip der materiellen Interessiertheit „pekuniäre“ Interessen verfolgt werden, d. h. die Einkommenssteigerung der leitenden Angestellten und z. T. der Arbeiter über plan- und/oder gewinnabhängige Prämien ein wichtiges Ziel bildet, wirken auch die ökonomischen Größen des Geld- und Kreditsystems, obwohl es ursprünglich in enger Anlehnung und im Dienste des naturalen Planvollzugs konzipiert war, in dem eigenen Entscheidungsspielraum der Betriebe wie Preise, Löhne und andere monetäre Größen als Ent-

---

<sup>4</sup> Es wird hier darauf verzichtet, den — historisch nicht seltenen — Fall zu analysieren, in dem der Staat selbst aktiv inflationäre Politik betrieben hat, der jedoch gegenwärtig für die sozialistischen Länder nicht bestehen dürfte.

<sup>5</sup> Vgl. Haffner, 1977 a, Kap. III.

scheidungsparameter. Die folgenden spezifischen Einrichtungen des Geld- und Kreditsystems sind die Bedingungen, unter denen die geplante naturale und monetäre Stabilität beeinflußt wird.

a) Jeder Betrieb ist zur Kontenführung bei nur einer Einrichtung (Filiale, Kontor) der Staatsbank verpflichtet, über die auch alle Zahlungen (mit Ausnahme einer Art von erweiterter Portokasse für kleine Beiträge) laufen müssen. Diese Kontenführungspflicht und die zwangsweisen Zahlungen über die Bank machen den nur schwer zu kontrollierenden Lieferantenkredit als planmäßige Finanzierungsquelle überflüssig, obwohl er trotzdem kurzfristig durch Auseinanderklaffen von Lieferung und Kontogutschrift, durch Zahlungsschwierigkeiten einzelner Betriebe und illegale Manipulationen entstehen kann. Soweit Betriebe (Handel, z. T. Kolchosen) Bargeld einnehmen, sind sie zur sofortigen Abführung an die Bank nach festen Abführungsplänen verpflichtet. Diese genannten Verpflichtungen bewirken, daß fast alle Zahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie alle einseitigen Finanzüberweisungen (Steuern, Dotationen, Kredite usw.) über die Bank fließen. Sie kann dadurch finanzielle und Plankontrolle, die sogenannte Kontrolle durch den Rubel, ausüben.

b) Der Betrieb hat formell nur die Staatsbank als Finanzpartner; die einzige Möglichkeit der Vermögensanlage im finanziellen Bereich sind Einzahlungen und Zugänge auf die eigenen und eine nur beschränkt mögliche Steuerung der Überweisungen auf fremde Konten. Andere finanzielle Vermögenswerte stehen nicht zur Verfügung, so daß es nicht nur keine Finanzintermediäre, sondern auch keine entfaltete monetäre Portfoliostruktur gibt. Allein in der Manipulation zwischen mehreren zweckgebundenen eigenen Konten und in den begrenzten Entscheidungsmöglichkeiten über die Bedienung der finanziellen Verpflichtungen besteht eine beschränkte Verfügbarkeit, die bei Zahlungsschwierigkeiten durch eine verordnete Reihenfolge noch weiter eingengt ist. Habenzinsen werden (außer für Sparguthaben von Privaten) in der Sowjetunion nicht bezahlt. In der Literatur werden sie verschiedentlich gefordert.

c) Die Voraussetzungen a) und b) bedingen eine Trennung des Buchgeldkreislaufes vom Bargeldkreislauf. Beide Kreisläufe kommunizieren untereinander nicht direkt und sind voneinander in einem gewissen Grade unabhängig: Der Bargeldkreislauf umfaßt im wesentlichen die Lohnzahlungen der Betriebe und des Staates, die von der Staatsbank zu diesem Zweck entsprechend den geplanten betrieblichen Lohnfonds

ausgegeben werden und die teils über die Abführungspflicht der Handels- und Dienstleistungsbetriebe, teils direkt in Form von Spareinlagen bei den Sparkassen, die der Staatsbank unterstellt sind, zurückfließen. Allein die Zahlungen zwischen den Einkommensempfängern und vor allem die Käufe am Kolchosmarkt (also zwischen Lohnempfängern und Kolchosbauern) entziehen sich der Kontrolle der Bank, ebenso Zahlungen im informellen Bereich, d. h. außerhalb der geplanten und legalen Lieferungen und Bezüge. Im Buchgeldkreislauf erfolgen dagegen (von relativ geringen privaten Giroüberweisungen, vor allem im Dienstleistungsbereich der Kommunen, abgesehen) die Zahlungen aller „wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Einheiten des vergesellschafteten Sektors“<sup>6,7</sup>. Im Unterschied zum Bargeldkreislauf ist die Geldverwendung hier eng an die Plandurchführung geknüpft. Es ist strittig und nicht eindeutig zu beantworten, wie weit die Trennung beider Geldkreisläufe perfekt oder durchlässig ist. Diese Frage ist deshalb wichtig, weil es davon abhängt, wie weit Impulse, die in einem Bereich auftreten, in den jeweils anderen überschlagen können. Sicherlich sind Bargeld und Buchgeld nicht Substitute, selbst nicht in Teilbereichen, eher ist ihr Verhältnis für die Betriebe lose komplementär in dem Sinne, als Produktionsmittel unbar zweckmäßigerweise nur beschafft werden, wenn sie zumindest mittel- oder langfristig angewendet, be- oder verarbeitet werden. Dies macht aber bare Lohnzahlungen notwendig. Schon gar nicht handelt es sich bei Buch- und Bargeld um alternativ wählbare Vermögensaktive des Betriebes. Die Trennung beider Kreisläufe macht deutlich, daß Bar- und Buchgeld nicht teilweise in einem Primär- und Sekundärverhältnis zueinander stehen, nicht durch einen Geldschöpfungsmultiplikator miteinander verbunden sind und daß der Begriff einer Gesamtgeldmenge kaum analytische Bedeutung hat<sup>8</sup>. Dies folgt auch aus der Struktur und Aufgabenstellung des Bankensystems.

d) Das Bankensystem kann zutreffend mit dem Terminus *Monobank*<sup>9</sup> gekennzeichnet werden: Die Staatsbank ist — bei lediglich administrativer Untergliederung — eine einheitliche Organisation, welche das

---

<sup>6</sup> Deneznoe obraschenie, 1970, S. 137. Gemeint sind praktisch alle Betriebe (mit Ausnahme der privaten) und alle sonstigen juristischen Personen.

<sup>7</sup> Mit rd. 14 Mrd. waren im Jahre 1974 die bargeldlosen Überweisungen von Einkommen der Bevölkerung relativ gering; sie waren aber gegenüber dem Vorjahr um 24 % gestiegen (Zacharov, 1976, S. 46). Auch die bargeldlose Lohnzahlung wird allmählich ausgedehnt.

<sup>8</sup> Garvy, 1966, S. 44 f.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 19.

ausschließliche Kredit-, Verrechnungs- und Emissionszentrum darstellt, also als Notenbank und gleichzeitig als Geschäftsbank für die Wirtschaft und die öffentliche Haushaltswirtschaft fungiert. Wie angedeutet, hat die Bank auch Planfunktionen zu erfüllen, so daß nicht nur eine Selbständigkeit der Staatsbank gegenüber Planbehörden nicht existiert, sondern sogar ihre funktionale Abgrenzung von anderen Planbereichen strittig ist, und deshalb die Selbständigkeit der Banktätigkeit gegenüber anderen Planbereichen betont werden mußte<sup>10</sup>. Nach der Eingliederung des Sparkassensystems in die Staatsbank (1963) ist neben der Außenhandelsbank nur noch die Investitionsbank (Strojbank) von der Staatsbank getrennt, die im wesentlichen die Investitions-, vor allem die Baufinanzierung durchführt, sonst aber durch die Kontenführung der Staatsbank mit ihr eng verbunden ist. Die Hauptverwaltungen, Filialen und Kontore der Staatsbank arbeiten nicht nach dem *Chozrasčët*<sup>11</sup>, lediglich im Sinne der Ausführung von Globalplänen und Anweisungen besteht eine operative Selbständigkeit (Kreditlimite) der Einheiten des organisatorischen Unterbaus. Diese Organisation des Bankwesens bewirkt ein einstufiges Banksystem, so daß in beiden Geldkreisläufen die Bank das einheitliche Zentrum darstellt, in dem der gesamte bargeldlose Zahlungsverkehr durchgeführt wird und in dem das Bargeld nach zwei Regelumsätzen (Lohnzahlung, Kauf von Waren und Dienstleistungen) wieder zurückkehrt<sup>12</sup>.

e) Eine Besonderheit der sozialistischen Finanzierung der Betriebe ist die zwangsweise Beteiligung des Kredits an der Umlaufmittelfinanzierung. Eine anhaltende Diskussion besteht über die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung und die Kriterien der Abgrenzung zwischen eigenen und kreditierten Umlaufmitteln. Der Hauptgrund dürfte darin liegen, daß auf diese Weise das Eigeninteresse der Betriebe mit der bankmäßigen Plan- und Effizienzkontrolle im Umlaufmittelbereich gekoppelt werden kann<sup>13</sup>. Eine permanente Kreditfinanzierung widerspricht zwar dem Grundsatz der Fristigkeit der Kredite, diese ist aber unter der Bedingung der Objektgebundenheit der Einzelkredite und der unter-

---

<sup>10</sup> *Ginsberg*, 1964, S. 152. Eine Selbständigkeit der Staatsbank gegenüber den staatlichen Planungsorganen existiert — der Logik zentraler Planung folgend — nicht; sie steht hier auch nicht zur Diskussion.

<sup>11</sup> Der *Chozrasčët*, die wirtschaftliche Rechnungsführung, ist das normierte System der betrieblichen Buchhaltung, Bilanzierung und Erfolgsrechnung, das Ausdruck der beschränkt wirtschaftlichen Selbständigkeit der Einheiten (Betriebe) ist.

<sup>12</sup> *Konnik*, 1968, S. 18.

<sup>13</sup> Vgl.: *Zajdenvarg*, 1968, S. 39 ff.

schiedlichen Kreditarten, angepaßt an die einzelnen Finanzierungszwecke, gleichwohl zumindest formal gewährleistet; es entsteht ein reolvierendes System. Die neue Kreditierungsform, „Kreditierung nach dem Gesamtbedarf“, bei der mehrere Kreditvorgänge zusammengefaßt werden, rationalisiert dieses schwerfällige System und vergrößert den Entscheidungsspielraum der Betriebe. Jedoch wird dadurch das schon im ursprünglichen Verfahren angelegte Problem, das der Abgrenzung zwischen notwendigen Krediten und solchen Krediten, welche Fehlallokationen finanzieren sollen, noch verstärkt: Die Einrichtung der zwangsweisen Kreditbeteiligung setzt den Betrieb von vornherein in die Position einer prima-facie-Kreditberechtigung. Die Verbindung von Kreditgewährung und Geldschöpfung in einer einheitlichen mit der staatlichen Planung verknüpften Bankinstitution setzt auch keine ökonomischen, zwingend wirkenden Grenzen für die Kreditausweitung. Sie werden lediglich durch den Mechanismus der administrativen Kreditplanung gesetzt.

Die hier aufgeführten fünf institutionell bedingten Sonderheiten sind um weitere (Eingliederung der Bank in die Wirtschaftsverwaltung und in den Staatshaushalt; Finanzierung durch Dotationen u. a.) zu ergänzen, die aber bei der gegebenen Fragestellung von vergleichsweise geringerem Gewicht sind.

## II. Theoretische Grundlagen der Geldumlaufplanung

Ein sowjetischer Autor, A. S. *Solov'ev*, beklagt die Schwierigkeiten der theoretischen Behandlung der Kreditsphäre, weil „qualitative Untersuchungen auf diesem Gebiet gewöhnlich nur allgemein polit-ökonomischen Charakter haben oder auf eine Verallgemeinerung der praktischen Erfahrung der operativen Arbeit der Banken und der Finanzorgane zurückzuführen sind“<sup>14</sup>. Eine solche Klage scheint jedoch nur im Hinblick auf die theoretischen Möglichkeiten für ein Kreditsystem in einer sozialistischen Planwirtschaft, nicht jedoch für die Erklärung des bestehenden Systems gerechtfertigt. In einem Planungssystem, dessen gesamtwirtschaftliche Aggregate aus einem naturalen Plansystem gewonnen werden, werden auch die einzelwirtschaftlichen Pläne aus den Volkswirtschaftsplänen abgeleitet. Wenn dabei naturale Pläne in monetäre Größen übertragen werden, dienen das Geld und die Preise insofern nur zu Aggregationszwecken und als monetäres Instrument natu-

---

<sup>14</sup> *Solov'ev*, 1971, S. 3.

raler Planung. Die Planung ist in ihrem Kern natürlicher Natur. Die Geld- und Kreditplanung, welche die mit der Realisierung des Volkswirtschaftsplanes verknüpften Zirkulations-, Verteilungs-, Umverteilungs- und Akkumulationsprozesse fördern soll, ist insoweit abgeleitet und hat nicht die Aufgabe, einen irgendwie gearteten spontanen Mechanismus funktionsfähig zu halten und auf Ziele zu lenken, die nur auf diesem Wege realisierbar sind. Es ist in diesem Sinne zutreffend, die sozialistische monetäre Theorie als eine Partialtheorie<sup>15</sup> zu bezeichnen, die ihre Beschränkungen aus den Zielen und Methoden der Volkswirtschaftsplanung erfährt. Eine ganz andere Frage ist jedoch, ob diese planabhängige Funktion des Geld- und Kreditsystems von der durch Theorie und Praxis geformten Geldumlaufplanung erfüllt wird. Schon die Themenstellung dieser Studie stellt dies in Zweifel; das Problem soll hier behandelt werden.

Grundlage der Geldumlaufplanung ist die Marxsche Ausformung der Quantitätsgleichung in der klassischen, vor-*Irving-Fisher*'schen Formulierung. Die Division der „Preissumme der Waren“ durch „die Umlaufzahl gleichnamiger Geldstücke“ ergibt die Geldmenge (K. Marx, Das Kapital, MEW, Bd. 23, S. 133). Die Marxsche Interpretation und vollends die Anwendung dieser Gleichung auf eine Planwirtschaft führte dazu, daß sie nicht wie in der Klassik von der Geldseite her gelesen<sup>16</sup> und die Geldmenge als Bestimmungsgrund der Preise verstanden wurde, sondern daß umgekehrt die geplanten Umsätze zu festgesetzten Preisen einen bestimmten Geldumlauf erforderten. Dieses Ziel sollte die Geldumlaufplanung verwirklichen, wobei die Planerfüllung nicht gestört, sondern möglichst gefördert werden sollte. Monetäre Stabilität soll sich dabei als quasi selbstverständlich ergeben. Auf dem Hintergrund dieser Aufgabenstellung wird deutlich, daß die oben beschriebenen Einrichtungen, die Kontenführungspflicht, die getrennten Geldkreisläufe, die Bargeldabführung an die Monobank, die zwangsweise Kreditbeteiligung im Umlaufmittelbereich insoweit diesem Zweck dienen, als sie eine detaillierte Planung und Kontrolle der Geld- und Finanzströme erst möglich machen; aber sie stellen noch nicht selbst den monetären Planmechanismus dar.

Die Dominanz der Naturalplanung zeigt sich nicht nur in der Zielsetzung der Geldumlaufplanung, ihrer Orientierung an den natürlichen Planzielen, sondern auch darin, daß die gleiche Methode, die bei der

---

<sup>15</sup> Zinn, 1971, S. 7.

<sup>16</sup> Robinson, 1970, S. 130.

Planung der Güterproduktion benutzt wird, die Bilanzmethode, bei der Planung des monetären Systems angewendet wird. Im Bargeldkreislauf erfolgt die Planung durch den Kassenplan der Staatsbank und die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung. Beiden Bilanzen liegt eine Verkehrsgleichung als Einkommensgleichung zugrunde: In der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben wird im wesentlichen das staatliche Angebot an Gütern und Dienstleistungen dem gesamtgesellschaftlichen Lohnfonds, einschließlich sonstiger Einkommenszahlungen unter Berücksichtigung der Spar- und Konsumentscheidungen der Bevölkerung gegenübergestellt. Auf der Einnahmeseite des Kassenplans erscheint der Geldrückfluß; dadurch wird der Kreislauf, der mit der Ausgabe des Bargelds im wesentlichen für Lohnzahlungen begonnen hatte, geschlossen. Es folgt ein neuer Kreislauf, der durch Geldemission oder Geldstillegung variiert wird. Da die Umsatzgeschwindigkeit bei der Einkommenszahlung und -verwendung durch den Lohnzahlungsrhythmus weitgehend fixiert ist, ergibt sich die neu zu emittierende (oder stillzulegende) Bargeldmenge als Restgröße. Im Buchgeldkreislauf wird sogar nur eine Planbilanz, die Kreditbilanz, zur Steuerung der Kreditausreichung angewendet. Sie stellt die sogenannten Kreditquellen den Ausleihungen gegenüber und wird auf quartale Zeitpunkte fixiert. Auch hier besteht eine Übereinstimmung mit den betrieblichen Finanzplänen, in denen die Plankredite und Rückzahlungen bzw. Kontenguthaben entsprechend ihren individuellen Amortisationsbedingungen ausgewiesen werden. Es ist für beide Kreisläufe zu zeigen, ob und inwieweit durch diese Instrumente die Planerfüllung unterstützt und monetäre Stabilität gesichert werden kann.

Die Methoden der Geld- und Kreditplanung zeigen, daß es eine Geldpolitik mit den im Westen üblichen Instrumenten nicht gibt: In einem einstufigen Banksystem mit getrennten Geldkreisläufen ist Mindestreservehaltung zur Steuerung der Buchgeldmenge ohne Sinn; auch eine offene Marktpolitik zur Regulierung der Geldmenge besteht nicht. Eine gewisse Ausnahme stellen die staatlichen Anleihen dar, die (teils zwangsweise) zur Abschöpfung der Bargeldüberschüsse früher vorwiegend an die Bevölkerung verkauft wurden, heute vor allem an die Sparkassen zur Anlage der Sparguthaben abgegeben werden. Aber ein Rückkauf zum Zwecke der Geldvermehrung fand nicht statt. Auch die Zinsfestsetzung dient nicht als Instrument der Steuerung der Kreditnachfrage, auch nicht nachdem das Zinsniveau insgesamt erhöht und stärker differenziert wurde. Dies folgt daraus, daß die Zinsen nicht zur



Anpassung des volkswirtschaftlichen Kreditvolumens variiert werden; sie bleiben vielmehr über Jahre oder sogar Jahrzehnte auf einem relativ niedrigen Niveau fixiert. Unter diesen Bedingungen hängt die Kreditnachfrage — selbst in dem engen Entscheidungsspielraum der Betriebe auf diesem Gebiet — von anderen Faktoren ab; der Zins bildet lediglich eine nicht restriktiv wirkende Untergrenze für die zu erwirtschaftende Rentabilität. Dies bedeutet nicht, daß er für den betrieblichen Erfolgskalkül völlig wirkungslos sei, er soll gerade zu einem rationellen Mitteleinsatz anleiten. Der Zins und der Kredit gehören deshalb zu den sogenannten ökonomischen Hebeln<sup>17</sup>, die nur im Sinne einer mikroökonomischen Steuerung in den eng durch den Plan begrenzten Entscheidungsspielräumen der Betriebe allokativen Wirkungen ausüben und dabei nach strengen administrativen Regeln gehandhabt werden<sup>18</sup>. Sie sind keine Instrumente einer Globalsteuerung oder auch nur einer Geldmengenpolitik, keine Hebel zur planmäßigen Regulierung der Kassenhaltung, der Kreditnachfrage und der Produktion, selbst wenn sie im Mikrobereich darauf einwirken. Das Geld wird nicht einmal als ökonomischer Hebel angesehen; denn die Geldplanung ist nach Methode und Zielsetzung nicht ein indirekt über die Entscheidungen der planwirtschaftlichen Wirtschaftssubjekte wirkendes Instrument der Wirtschaftspolitik (wie Preise, Löhne, Prämien, Zinsen), sondern ist lediglich eine allgemeine Voraussetzung einer die Geldrechnung auch für Planzwecke verwendenden Planwirtschaft. Geldpolitik ist daher vom Ansatz her hier eine quantitativ limitierte und zweckgebundene, differenzierte Fondsverteilungspolitik. Geld ist deshalb zwar das Medium der mikroökonomischen Hebelpolitik, seine Steuerung aber ist selbst Gegenstand der gesamtwirtschaftlichen, im Grunde natürlichen Bilanzrechnung.

---

<sup>17</sup> „Ökonomischer Hebel“ hat sich als terminus technicus für das *indirekt* wirkende planwirtschaftliche Instrumentarium durchgesetzt, das einen eigenen Entscheidungsspielraum und eine durch Prämienordnungen institutionalisierte segregierte Zielfunktion voraussetzt und über die zentrale Festlegung finanzieller Plangrößen (Preise, Zinsen, Löhne, Prämien, Kredite u. a.) eine parametrische Steuerung bezweckt. Ökonomische Hebel sollen insoweit die unvollkommene direkte Planung (Plankennziffern) ergänzen.

<sup>18</sup> Die Staatsbank hat neben der Erfüllung der an die Volkswirtschaftsplanung sich anlehnenden Aufgaben der Kreditierung und Vermittlung des Zahlungsumlaufs sowie der bankmäßigen Kontrolle auf eine Erhöhung der Effizienz der dem Betrieb zustehenden eigenen und kreditierten Mittel einzuwirken. Vgl. Štejnšlejger (1968), S. 18

### **III. Die Planung des Bargeldumlaufs in der Sphäre der Endrealisation**

Die Fixierung des Bargeldes auf die Endrealisation, also auf den Konsumgütersektor, bewirkt, daß durch Ziele und Methoden der Planung des Bargeldumlaufs unmittelbar nur die nominalen Masseneinkommen und dadurch indirekt — durch eine an den Zielen der Wirtschaftspolitik differenzierte Lohnfestsetzung — der Arbeitseinsatz in der Gesamtwirtschaft betroffen werden. Die Masseneinkommen sind nur eine Voraussetzung, legen aber nicht den Konsumgüter- und Dienstleistungsabsatz sowie das Sparaufkommen im einzelnen fest. Nicht die produzierende Industrie, sondern der Einzelhandel führt das Bargeld an die Staatsbank ab. Dagegen erhalten die staatlichen Betriebe und Organisationen sowie Genossenschaften das Bargeld entsprechend ihren Lohnfonds zum Zwecke der Lohnzahlung an die Beschäftigten. Dies bedeutet, daß nur die Ausgabeseite des Kassenplans der Staatsbank unmittelbar normativen Charakter besitzt, demgegenüber fließt die Barmittelabführung des Handels nur unter der Voraussetzung des Realisationserfolges. Die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung jedoch ist zum geringsten Teil unmittelbar planabhängig, nämlich nur die Einkommen entsprechend den Lohnfondszahlungen. Lohnfondsüberschreitungen und sonstige Haushaltseinnahmen (z. B. aus Kolchosmarkt, Entsparungen) sowie vor allem die gesamte Ausgabenstruktur sind keine direktiven Bilanzpositionen, sondern empirisch geschätzte und prognostizierte Größen, welche die Konsumfreiheit der sowjetischen Bevölkerung im Rahmen des geplanten Angebots widerspiegeln. Eine Disproportionalität zwischen der geplanten Struktur des Konsumgüterangebots und der tatsächlichen Nachfragestruktur ist nicht nur ein Problem der Konsumgüterplanung und der Handelsplanung, sondern wirkt auch auf die Geldzirkulationsplanung ein: Eine Nichtübereinstimmung zwischen geplanten Geldausgaben und deren tatsächlichen Struktur im einzelnen bewirkt eine Nichterfüllung der Absatzpläne in den betroffenen Bereichen und tendenziell eine Überschußnachfrage in anderen Bereichen sowie eine Verminderung der Bargeldengänge bei der Bank. Soweit solche Disproportionen auf Fehleinschätzungen durch die bilanzierenden Planungsorgane (meist in Form einer Überschätzung des Rückflusses) zurückgehen, liegt hier die Quelle für monetäre Übernachfrage, wenn es nicht gelingt, auf andere Weise Geld abzuschöpfen und den Kassenplan so wieder in Ordnung zu bringen. Geht aber monetäre Übernachfrage gar nicht auf Fehleinschätzun-

gen in der Bilanz der Geldausgaben und -einnahmen zurück, sondern auf einen im Planungssystem installierten Mechanismus einer geradezu zwingend einseitigen Sortiments- und Qualitätsbestimmung durch die Betriebe aufgrund ihrer subjektiven Zielfunktionen, ist zwar der Effekt einer Überschußnachfrage derselbe, aber nicht die Entscheidungen zentraler Planungsorgane, auch nicht der für die Geldumlaufplanung Verantwortlichen sind dafür ursächlich, sondern die Entscheidungen der Betriebe selbst. Es besteht die begründete Vermutung, daß dieser Effekt, der im mikroökonomischen Entscheidungskalkül des Produktionsbereiches begründet liegt, sogar überwiegt<sup>19</sup>. Auch die Nichterfüllung von Produktionsplänen führt über eine Verringerung des Angebots zu einer Überschußnachfrage. In beiden Fällen ist das Ungleichgewicht güterwirtschaftlich bedingt.

Diese realwirtschaftlichen Instabilitätsimpulse machen die Geldumlaufplanung unsicher; hinzu kommen spontane Elemente, die bei der Geldumlaufplanung selbst auftreten: Bei einer 14tägigen Lohnzahlung würde sich ein übersichtlicher Geldrückfluß ergeben, wenn die Zahlungstermine überall die gleichen wären; tatsächlich sind die Zahltage in einzelnen Betrieben und Behörden verschieden, so daß sich — durch Überschneidungen in den Familienbudgets — für einzelne Filialen und Kontore nur empirisch ein Rücklauf der Zahlungsmittel errechnen läßt, der ungleichmäßig ist und zeitweilig freie Reste einschließt, ohne daß in diesen Werten umsatzbedingte und spekulativ bedingte Kassenhaltung getrennt werden könnte.

Auch die sogenannte Geldmigration, die ungeplanten Wanderungen kaufkräftiger Nachfrage — aus normalen räumlichen Verbraucherschwankungen (z. B. Tourismus) und zur regionalen Kompensation von Versorgungsengpässen — führt zur Störung der regionalen Kassenpläne. Es entstehen regional differenziert Über- und Unternachfrage. Die Zuwanderregionen können unter den Bedingungen einer Übernachtung ihre Einnahmepläne für Bargeld zwar teilweise — soweit die Lager ausreichen — übererfüllen, die Abwanderregionen müssen wegen der fixierten Lohnfonds durch Geldemission den Geldumlauf alimentieren, wenn die Unternachfrage nicht bestehen bleiben soll. Das Ergebnis ist ähnlich wie bei den oben erwähnten sortimentsmäßigen Disproportionen. In gleicher Richtung wirken auch die Kolchosmärkte, die außerhalb des direkten planerischen Zugriffs liegen. Hier entstehen Umsätze und Einkommen, ohne daß die Bank, wie bei den anderen Ein-

---

<sup>19</sup> Haffner, 1977 b.

nahmen und Ausgaben der Bevölkerung, die Geldströme erfassen könnte. Letztlich wird damit die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes aus dem Blickwinkel der Staatsbank verlangsamt, objektiv aber zeigt sich, daß der Bargeldumlauf auch von Umsätzen beeinflusst wird, die außerhalb des Zugriffs der Planorgane liegen.

Das Sparen der Bevölkerung bei den Sparkassen fördert den Rückfluß des Geldes zur Bank. Diesem Tatbestand und den damit für längerfristige Finanzierungen verfügbaren Mittelaufkommen verdankt das Sparen auch in sozialistischen Ländern eine gewisse moralische Förderung. Es stellt eine Abschöpfung des aus oben genannten Gründen fließenden Geldes dar. Neben der Barkassenhaltung bildet es das einzige disponible finanzielle Vermögensaktivum für die Bevölkerung. Die Entscheidung für liquide Vermögenshaltung kann auf die bekannten Motive zurückgehen. In sozialistischen Ländern hat das Spekulationsmotiv jedoch einen teilweise anderen Inhalt: Kasse wird nicht in Erwartung günstiger Finanzaktive in Abhängigkeit vom Zinssatz gehalten, sondern in Erwartung des Angebots von konsumptiven Realaktiven, die häufig regional oder temporär nicht verfügbar sind oder lange Ansparszeiten erfordern<sup>20</sup>. Auf diese Kassenhaltung hat stärker die Einkommenshöhe Einfluß als Preiserwartungen, die aus den Erfahrungen einer relativ stabilen staatlichen Festpreispolitik in der neueren Zeit wenig reagibel sein dürften. Für die Bank sind diese Spardepositen im Hinblick auf den Rückfluß in den Geldkreislauf relativ leichter kontrollierbar als Barreserven. Für die Bevölkerung gilt es, die Verzinsung der Sparguthaben gegen die raschere Verfügbarkeit der Barreserve abzuwägen.

Die Versuche, durch planerische Eingriffe die Ausgaben der Bevölkerung an die Schätzung in der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben anzunähern, damit den Rückfluß zu fördern und zusätzliche Emission zu verhindern, sind zahlreich: Neben entsprechenden Preismanipulationen (einmalige Preisherabsetzungen und Rechte des Einzelhandels zur beschränkten Preisvariation) soll vor allem der Konsumentenkredit — quasi als nachgezogener Sparprozeß — der Verstetigung der Geldausgaben bei Gütern dienen, die im Verhältnis zur kaufkräftigen Nachfrage zu viel produziert werden. Zur Vermeidung einer überschüssigen Kassenhaltung werden die Bargeld einnehmenden Betriebe zu einer prompten Abführung veranlaßt und in der Erfüllung ihrer Bargeldabführungspläne peinlich kontrolliert. Gegen Nichterfüllung dieser Pläne

---

<sup>20</sup> Vgl.: Zlobin, 1971, S. 18.

aus Gründen, die bei der mangelnden Nachfrage der Bevölkerung liegen, ist dagegen nur durch Maßnahmen abzuhelpfen, welche die Bevölkerung zur Verausgabung ihrer Einkommen anregen. Dies kann dadurch geschehen, daß die Bank selbst gütermäßige Disproportionen beseitigen hilft oder Maßnahmen veranlaßt, welche die Bevölkerung durch gesellschaftliche Überredung zu Mehrausgaben (z. B. kollektive Theaterbesuche) anleitet. Hier wird deutlich, wie die Bank, um ihrer Verpflichtung zur Erfüllung der Kassenpläne nachzukommen, zu Aktivitäten in der Realsphäre greifen muß.

Die Unsicherheit der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben als Grundlage der Bargeldumlaufplanung zwingt die Bank bei letztlich fixierten Lohnzahlungen zu einer korrigierenden Bargeldemission, wenn die anderen Maßnahmen nicht ausreichen, die Störungen auszugleichen. Nur auf diese Weise kann der Kreislauf aufrechterhalten werden. Die durch Ministerrat zu bestätigende Emissionsgröße sowie die administrativen Kontrollen der Bank über die Geldemission sollen die monetäre Stabilität sichern, sie wirken aber auf die Planerfüllung eher hemmend: Wenn aus den genannten Gründen der Rückfluß stockt, bedeutet jede Beengung von zusätzlicher Geldemission verstärkte Absatzschwierigkeiten, ebenso wirkt eine Sparförderung. Solange allgemeine Verkäufermärkte infolge Güterknappheit existieren, war das Problem nur theoretischer Natur. Seitdem in den 60er Jahren partiell Überschußlager entstanden sind, besteht es praktisch. Deshalb werden heute verkaufsfördernde Maßnahmen zum Ausgleich der Kassenbilanz bevorzugt; sie sichern Planerfüllung und verringern die Emissionstätigkeit. Wenn in der Streitfrage, ob Reallohnsteigerungen über Preissenkungen oder Nominaleinkommenserhöhungen durchgeführt werden sollen, von der Bank stärker der Preisaspekt betont wird, hat dies seinen Grund in diesen Zusammenhängen. Gleichwohl sind solchen Anstrengungen zur Förderung des Geldrückflusses durch die autonomen Entscheidungen der Bevölkerung Grenzen gesetzt. Im Ergebnis lagen auch in den hier angeführten Zusammenhängen sowie in den offenen und versteckten Kostensteigerungstendenzen in der Produktion Ursachen dafür, daß der Bargeldumlauf zunimmt<sup>21</sup>.

---

<sup>21</sup> Offizielle Zahlen über den Geldumlauf sind nicht verfügbar, Gelegentliche Angaben über zurückliegende Jahre (*Jampol'skij*, 1974, S. 12 und 126 f.; *Svešnikov*, 1974, S. 43) zeigen jedoch keine sensationellen Abweichungen von der Zunahme der Einzelhandelsumsätze. Nach *Svešnikov* (S. 43) betrug die jährliche durchschnittliche Zunahme des Bargeldumlaufes von 1966 - 1973 7,3% bei einer Zunahme des Einzelhandelsumsatzes im gleichen Zeitraum

Neben der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung liegt ein zweiter neuralgischer Punkt in der Geldumlaufplanung bei der Lohnfondsbildung und -verausgabung durch die Betriebe und staatlichen Organisationen. Die Geldumlaufplanung erfüllt entsprechend der oben dargestellten Aufgabe überhaupt nur die Rolle der monetären Vermittlung eines makroökonomischen Gleichgewichts zwischen Warenfonds und Kauffonds, dessen Hauptbestimmungsgrund die Löhne und sonstigen Einkommen sind. Es ist offensichtlich, daß früher zu Zeiten Stalins, als ein permanentes Übergewicht des Kauffonds über den Warenfonds zu einer sozialistischen Gesetzmäßigkeit gemacht wurde<sup>22</sup>, die Geldausgabe der Bank an dem volkswirtschaftlichen Lohnfonds orientiert sein mußte. Eine solche Regelung des Geldumlaufs war die sicherste Gewähr für die Erfüllung der Absatzpläne. Nachdem diese inflationistische Position aufgegeben wurde, stellte sich das Problem in anderer Weise dar: Soll die Bank die Geldemission an dem Warenfonds oder an dem Lohnfonds orientieren<sup>23</sup>? Unter der Annahme des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts müßten diese Alternativen prinzipiell unter Berücksichtigung einiger jeweiliger technischer Besonderheiten gleichwertig sein. Die Praxis zeigt aber, daß weder das Zustandekommen der Aggregate noch deren Realisierung in Einzelplänen noch die laufende Durchführung die Sicherung jenes Gleichgewichts gewährleistet, obwohl durch gesamt- und einzelwirtschaftliche Lohnfondsplanung, Planung der Lohnsätze, der Stellenpläne und der Emissionsplanung das Gleichgewicht relativ gut kontrollierbar sein müßte. Dabei sind die illegalen Lohnfondsüberschreitungen — obwohl sie zumindest zeitweilig von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung waren — gar nicht das eigentliche Problem, sondern die legalen Möglichkeiten erhöhter Einkommenszahlungen. Vor allem die zulässigen Lohnfondsüberschreitungen bei Planübererfüllung und die aus den Gewinnen bezahlten Prämien stellen auch, wenn sie in Schätz- oder Höchstbeträgen in die Aggregate eingefügt werden, eine unsichere Größe dar. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Aufteilung der durch Planübererfüllung gerechtfertigten Mehreinkommen zwischen den beiden Abteilungen I (Produktionsgüter) und II der Industrie (Konsumgüter) disproportional ist, und nicht

---

von 460 Mrd. auf 754 Mrd. R., also um 294 Mrd., d. s. rd. 7,8 % jährliche Steigerungsrate. Bei der Beurteilung dieser Zahlen müssen jedoch eine Reihe von externen, teils gegenläufigen Einflußfaktoren (z. B. steigende Zahlungen auf Sparkonten, Ausdehnung der bargeldlosen Zahlungen, Erweiterung der Bargeldzahlungen in der Landwirtschaft) berücksichtigt werden.

<sup>22</sup> Lopatkin, 1966, S. 79.

<sup>23</sup> Zlobin, 1971, S. 13.

vorausgeplant werden kann. Die Versuche, die gewinnabhängigen Prämien auch individuell in ein Limit nach Art eines 13. Monatseinkommens zu verwandeln, hatten deshalb nicht nur sozialpolitische Gründe, sondern auch zirkulatorische. Durch neue Entlohnungsmechanismen, welche den Betrieben über die Tariflöhne hinaus Rechte der Lohnerhöhung einräumen (Čekino- und Slobin-Methode) ist auch die Struktur der Einkommenszahlungen schwerer planbar geworden.

Auf diesem Hintergrund ist die Alternative der Orientierung der Geldumlaufplanung an Realgrößen (Warenfonds, Dienstleistungen) oder Einkommensgrößen (Lohnfonds u. a.) keine rein theoretische Fragestellung, sondern stellt eine Alternative stärker stabilitätsorientierter oder planorientierter Politik dar. Da formal berechnete Lohn- und Prämienzahlungen, zumal wenn sie mit Realproduktsteigerungen verbunden sind, von der Bank kaum unter Hinweis auf die Realgrößen des volkswirtschaftlichen Warenfonds verweigert werden dürfen, ist in der Praxis die Orientierung des Kassenplans an dem Güterangebot keine echte Alternative. Dadurch tut sich eine Quelle zusätzlicher Kaufkraft auf. Es muß jedoch vor einer Überbewertung dieses Zusammenhanges gewarnt werden, weil gesamtwirtschaftlich die Prämienfonds global geplant werden können und die Prämienordnung eine Maximalprämie bei Planerfüllung (nicht bei Übererfüllung) vorsehen kann, wenn nur das Problem erst ins Bewußtsein der Planer gelangt ist. Die wichtigere Ursache inflationärer Impulse ist die partielle Planuntererfüllung im Konsumgütersektor bei gleichzeitiger Auszahlung des Lohnfonds. Dieser Effekt entsteht im Realbereich; er wird verstärkt, wenn auf Dauer auch bei Produktions- und Investitionsgütern solche Erscheinungen auftreten, die auch das künftige Konsumgüterangebot tendenziell ungenügend zunehmen lassen.

#### IV. Die Planung des Buchgeldkreislaufes

Außer durch Lohnzahlungen, die entsprechend den Lohnfonds von der Bank über den Betrieb ausgezahlt werden, vollzieht sich die gesamte finanzielle Aktivität der Betriebe im Verhältnis zu anderen Betrieben und zu staatlichen Organisationen über den Buchgeldkreislauf. Die eigenen Umlaufmittel der Betriebe, die letztlich auf Dotationen und in beschränktem Umfang auf Eigenfinanzierung zurückgehen, werden durch Umlaufmittelkredite ergänzt — die nach dem oben Dargestellten — auch regelmäßig in die Normalfinanzierung hineinreichen. Diese

Kredite und ihre Rückzahlung sind die eigentliche variable Größe im Buchgeldkreislauf, durch die die Buchgeldmenge bestimmt wird. Im Gegensatz zur Einkommensgeschwindigkeit im Bargeldbereich ist die Umsatzgeschwindigkeit bei Buchgeld nicht durch feste Zahltermine bestimmt, sondern leitet sich aus den Produktions- und Realisationszyklen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und aus den Normen für Finanzüberweisungen ab. Demnach müßte die Erfüllung der Verkehrsgleichung ähnlich wie im Bargeldkreislauf eine Bestimmung der Kredite durch eine Bilanz der Waren- und der Finanzumsätze erfordern. Eine solche Buchgeldbilanz als Schätzbilanz oder als operative Bilanz gibt es jedoch bis heute nicht<sup>24</sup>. Als ein Grund dafür wird angesehen, daß Marx die Geldumlaufgesetze nicht für Bankguthaben angewandt wissen wollte, wenigstens nicht insoweit als Buchgeld nicht Bargeld vertritt. Erscheint eine Gegenüberstellung der Buchgeldumsätze in Relation zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt wenigstens verklausuliert in der Statistik, so sind in die Buchgeldumsätze doch die internen Verrechnungen und finanziellen Zahlungen inbegriffen, die nach Höhe und Rhythmus ein besonderes Planungsproblem außerhalb des Warenverrechnungsverkehrs darstellen. Außerdem wächst der Buchgeldumsatz nicht in Korrelation zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt, wenn sich die organisatorische und technische Gliederung der Volkswirtschaft (Spezialisierung, Konzentration) verändert. Der Buchgeldumlauf wird durch die kurzfristige Kreditbilanz gesteuert, in der die Kreditausleihungen den Kreditquellen gegenübergestellt werden. Diese Bilanz ist eine auf einzelne Zeitpunkte fixierte Bestandsbilanz, enthält also keine Strömungsgrößen, sondern nur den Saldo zum Stichtag. Kurzfristig kreditierte Verrechnungen oder zum Stichtag manipulierte Kreditkonten lassen Abweichungen zwischen Buchgeldkreislauf und den nach dieser Methode geplanten Krediten entstehen. Als Aktiva der Bilanz fungieren vor allem die Überschüsse des Staatshaushaltes, die Bestände auf Verrechnungskonten und die Sparkonten. Nach einer älteren sowjetischen Auffassung sind die Möglichkeiten und Grenzen der Kreditausreichung durch die Summe der Aktiva zuzüglich der Emission in Bargeld beschränkt. Dieser Vorstellung entsprach es, daß man den Kredit als Umverteilungsinstrument zwischen freien Mitteln der einen wirtschaftlichen Organisationen und dem Finanzierungsbedarf der anderen betrach-

---

<sup>24</sup> *Batyrev*, 1970, S. 214 f. Zur vollständigen Erfassung der Zahlungsströme wird eine Verflechtungsbilanz der Geldströme in Korrespondenz zur Verflechtungsbilanz der Warenströme einschließlich der Finanzströme für erforderlich gehalten. *Kosoj*, 1974, S. 33 f.



tete, wie noch in gängigen politökonomischen Lehrbüchern zu lesen ist<sup>25</sup>. Diese heute zu Recht kritisierte Position konnte trotz enormer Ausdehnung des Kreditvolumens aufrechterhalten werden, weil tatsächlich die Aktivseite — bei einer Kreditausdehnung, die entgegen der erwähnten Vorstellung tatsächlich nicht beschränkt war — in entsprechender Weise mitgewachsen ist (selbst wenn der Einzelkredit auch zur Kredittilgung verwandt werden kann und damit eine Bilanzveränderung eintritt). Heute setzt sich die Auffassung durch<sup>26</sup>, daß von dieser Ausnahme abgesehen jede Kreditgewährung quasi automatisch auf der Gegenseite ihr Guthaben schafft, so daß — dies wird in dieser Schärfe nicht formuliert — die Kreditausleiherung und damit die Schaffung von Buchgeld ökonomisch unbegrenzt ist und nur im administrativ festgesetzten Kreditplan selbst und seiner praktischen Durchführung eine „Selbstbeschränkung“ erfährt.

Daraus folgt, daß die operative Kreditbilanz nur eine Technik der Kreditplanung darstellt, aber keine ökonomische Begründung für Umfang und Struktur der Ausleihungen zuläßt. Wenn aber als Grenze für die Kreditgewährung das „reale Bedürfnis der Wirtschaft an Zahlungsmitteln für die Realisation geschaffener materieller Werte, Dienstleistungen und Akkumulation“<sup>27</sup> gilt, bedeutet dies, daß die Kreditbilanz sich an den planbedingten Warenumsätzen und an den durch Mittelaufkommen gedeckten oder auch planmäßig ungedeckten Umschlag von Finanzfonds orientieren muß. Das bisher geübte Verfahren hat sich vorwiegend an die Technik der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes angeschlossen: Aus dem betrieblichen Produktionszyklus und den notwendigen, durch Normative geplanten Normallagern ließ sich unter Abzug der Eigenmittel ein planmäßiger Kreditbedarf, der fast automatisch zur Verfügung gestellt wurde, errechnen. Offensichtlich war in diesem Verfahren der Kreditplanung und -ausleiherung auch die Ursache für „weiche“ Kreditpläne zu suchen, weil die Betriebe über reichliche Kredite ebenso die Erfüllung ihrer prämierelevanten Plankennziffern fördern konnten wie durch eine Durchsetzung niedriger Plankennziffern<sup>28</sup>. Die neuere Entwicklung geht dahin, die Kreditplanung aus den

---

<sup>25</sup> Z.B. Politische Ökonomie, 1973, S. 446.

<sup>26</sup> *Jampol'skij*, 1974, S. 20 - 58, insbesondere S. 52: „Man darf den Umstand nicht ignorieren, daß der Kreditmechanismus der Bank die Möglichkeit gibt, über das ökonomisch begründete Umsatzbedürfnis hinaus Kredite zu gewähren; in Verbindung damit wird der Schein der Bildung zusätzlicher Kreditressourcen geschaffen.“

<sup>27</sup> *Šabanova*, 1968, S. 8.

<sup>28</sup> *Barkovskij*, 1975, S. 30.

Verflechtungsbilanzen der Volkswirtschaft abzuleiten und aus ihnen verlässlichere Größen als aus globalen Schätzungen und aggregierten Einzelanforderungen, die nach den Interessen der Betriebe orientiert sind, zu gewinnen.

Die vorherrschende Praxis hat keinen anderen Weg verfügbar, als auf administrative Weise die Realitätsgebundenheit der Kreditausreichung notdürftig zu sichern. Dieser Notbehelf im ökonomischen Sinne wurde zur Methode, welche in eine strenge Objektbindung und Sicherheitsprüfung der Kredite einmündete. Der Zweck war nicht juristische Sicherheit für den Konkursfall, sondern die Garantie der Planmäßigkeit der zu finanzierenden realen Vorgänge. Da dies nicht allein von Objekt und Sicherheit abhing, wurde eine große Zahl von Kreditarten entwickelt, die an unterschiedliche betriebliche Tatbestände geknüpft sind und die Kreditvergabe zu einem bürokratischen Verfahren machten, deren Hauptkriterien in der Planmäßigkeit einzelner Kredittatbestände liegen. Waren sie gewährleistet, flossen die Kredite fast automatisch. Eine solche Kreditpraxis verfehlte eine Zielsetzung des Kreditsystems, die — neben der Unterstützung der Erfüllung der Betriebspläne — darin lag, daß Kredit und Zins als ökonomische Hebel die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes, der weitgehend in der Disposition des Betriebes liegt, also das Chozrasçetsystem, unterstützen sollen; im Gegenteil, das Kreditsystem förderte, indem nicht nur planmäßige Lagerhaltung und Umsätze, sondern auch Planverstöße, Überplanlager, Planverzögerungen usw. finanziert wurden, in gewissem Grade eine Unwirtschaftlichkeit. Dies ist der Grund, weshalb die Zinsen angehoben, die Palette der Strafsanktionen bei Verstößen ausgebaut wurden und die Kredite ständig auf Planmäßigkeit und die ihr zugrundeliegenden Plangrößen (z. B. Bestandsnormen) auf ihre ökonomische Notwendigkeit überprüft werden.

Trotz der Bemühungen um eine Vergrößerung der Rationalität der Kreditvergabe bedeutet für den Betrieb dieses Verfahren praktisch, daß seine auf Kredit begründete Liquidität nur administrativ beschränkt ist. Daß es bei der Aufstellung der Finanzpläne häufig gelang, günstige Kreditpläne durchzusetzen, wurde bereits erwähnt. Aber auch bei laufend auftretenden Finanzschwierigkeiten ist es in der Regel möglich, die Bank von der Objektgebundenheit eines Kreditbedarfes zu überzeugen<sup>29</sup> und die ökonomische Notwendigkeit im Hinblick auf die Planer-

---

<sup>29</sup> „Warum braucht man sich um das Geld keine Sorgen zu machen, sondern um die materiellen Ressourcen und die Arbeitskräfte?“ *Birman*, 1973, S. 15.

füllung nachzuweisen, gleichgültig welche Planverstöße — Versorgungsschwierigkeiten oder Arbeitskräfteknappheit, eigenverschuldete Planverzögerungen oder Unwirtschaftlichkeit — dafür auch verantwortlich sein mögen. Selbst bei Absatzschwierigkeiten ist die Kreditgewährung gesichert, wenn auch administrative Sanktionen der Bank und Eingriffe der Planbehörden die Betriebe und ihre Leiter in eine schwierige bürokratische Situation bringen. Diese Praxis folgt der theoretischen Vorstellung, daß die Geldversorgung die durch die zentrale Planung koordinierten Realvorgänge zu bedienen und die naturale Planerfüllung zu unterstützen habe. In bedrohliche Finanzierungsschwierigkeiten können die Betriebe nicht nur deshalb nicht kommen, weil es einen Konkurs nach westlicher Art nicht gibt, sondern weil das Kreditsystem sie stets ökonomisch liquide hält.

Diese hohe faktische Liquidität entsteht dadurch, daß eine Kreditverweigerung in der Regel die Wirtschaftlichkeit der Betriebe innerhalb des Planspielraums und in einem bestimmten, von Fall zu Fall variablen Umkreis außerhalb des regulären Planvollzuges nicht behindert, im Gegenteil es gibt keine wirksamen finanziellen Begrenzungen. Soweit nun die Betriebe unter der Zielsetzung der Prämienmaximierung (oder für sonstige Ziele) Planerfüllung und Übererfüllung der quantitativen und qualitativen Kennziffern anstreben, werden sie die verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten ausschöpfen, soweit möglich von Finanzaktiva (zinslose Guthaben und niedrig verzinsliche Kredite) auf Realaktiva umsteigen. Dieser Transformationseffekt verstärkt den aus ganz anderem Grunde im Wirtschaftssystem verankerten Trend, Rohstoffe, Halbfabrikate, Ersatzteile u. a. in Überschußlagern zu halten. Die Ursache für diesen Trend liegt darin, daß die Betriebe bestrebt sind, durch solche Lager von Versorgungsengpässen unabhängig und bei der Planerfüllung nicht behindert zu werden. So fördert das System der Kreditplanung im Umlaufmittelbereich zwar die Planerfüllung; es führt jedoch zu extensiver Mittelanwendung. Dadurch verursacht und verstärkt es noch die Warenknappheit, die häufig indirekt der Grund für Plannichterfüllung ist. So kann die Warenknappheit teilweise als ein monetär bedingtes inflationäres Phänomen auch im Produktionsmittelbereich angesehen werden, das Wachstum behindert. Das Umschlagen in eine offene Instabilität in diesem Bereich ist wegen der staatlichen Preisfestsetzung nur im informellen Handel oder bei neuen Produkten über die hier praktizierten Preisbildungsverfahren, auf die die Betriebe Einfluß haben, möglich. Berücksichtigt man die oben erwähnte Komplementäri-

tät des Arbeitskräfteeinsatzes, so geht von der Liquidität im Bereich der Rohstoffe und Halbfabrikate usw. auch eine Tendenz zur Lohnfondssteigerung (legal oder illegal) aus, die in den Bargeldkreislauf überschlägt. Sie zeigt, daß trotz Trennung beide Geldkreisläufe ökonomisch miteinander verbunden sind.

Die Feststellung von der Wirksamkeit des Geldes bei der Plandurchführung steht nicht im Widerspruch zu der Meinung, daß Geld und Preise nicht zur eigentlichen Planung, der Aufstellung des zentralen Plans, notwendig seien<sup>30</sup>. Aber wenn und soweit die Betriebe auf die Planung einen Einfluß haben — durch Verhandlung bei der Aufstellung globaler Pläne oder durch Festlegung der Detailprogramme —, ist die leichte Lösbarkeit des Finanzierungsproblems zumindest in dem hier betrachteten kurzfristigen Bereich eine Rahmenbedingung, die den betrieblichen Entscheidungsspielraum nicht behindert, sondern erweitert, wenn die bürokratischen Restriktionen überwunden werden können. Das bedeutet, daß die leichte Verfügbarkeit über finanzielle Mittel die Selbständigkeit der Betriebe vergrößert und innerhalb der Beschränkungen durch Plankennziffern das betriebliche Entscheidungsfeld für konkrete Zweck-Mittel-Kombinationen ausdehnt.

Die Geldumlaufplanung in den beiden Kreisläufen dient unter den Bedingungen des Wirtschaftssystems des sowjetischen Sozialismus eher der Förderung der kurzfristigen Planerfüllung als der monetären Stabilität. Diese wird mehr durch administrative Maßnahmen als ökonomische Zwangsläufigkeiten gesichert. Aber das Geldsystem ist auch nicht die wichtigste Quelle für inflationäre Tendenzen, sondern es ist in den hier aufgezeigten Mechanismen eher eine nachgeordnete. Jedoch ist die Geldumlaufplanung auch kein Hindernis für inflationäre Prozesse, im Gegenteil, es ist elastisch genug, trotz der Barrieren der direkten Natural- und Finanzplanung jene Impulse teils offen oder teils verdeckt zur Wirkung zu bringen. Es wurde angedeutet, daß die Hauptursachen für instabile Erscheinungen im güterwirtschaftlichen Bereich, abgesehen von außenwirtschaftlichen Einflüssen, zu suchen sind. Sie können durch staatliche Preisgestaltung und Versorgungsplanung jedoch in Grenzen gehalten werden.

---

<sup>30</sup> Gutmann, 1965, S. 32.

## Literaturverzeichnis

*Barkovkij*, N. D.: Kreditnyj mehanizm i ego ispol'zovanie, (Der Kreditmechanismus und seine Anwendung), in: Den'gi i kredit, 9/1975, S. 28 - 36. — *Batyrev*, V. M.: Tovarno-deneznye otnošenija, finansy i kredit v socialističeskom chozjajstve, (Die Ware-Geld-Beziehungen, Finanzen und Kredit in der sozialistischen Wirtschaft), Moskva 1970. — *Birman*, A. M.: Perspektivnyj plan i finansovyje resursy, (Der Perspektivplan und die finanziellen Ressourcen), in: Ekonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 4/1973, S. 15 - 24. — *Garvy*, G.: Money, Banking, and Credit in Eastern Europe. Federal Reserve Bank of New York, New York 1966. — *Ginsburg*, P.: Naučno-proizvodstvennaja konferencija po organizaciji ékonomičeskoj raboty v finansovyh organach i bankovskich učreždenijach, (Eine produktionswissenschaftliche Konferenz über die Organisation der ökonomischen Arbeit in Finanzorganen und Bankinstituten), in: Voprosy ékonomiki, 10/1964, S. 150 - 153. — *Gutman*, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, herausgegeben v. K. P. Hensel und K. Pleyer, Stuttgart 1965. — *Haffner*, F. (1977 a): Systemkonträre Beziehungen in der sowjetischen Planwirtschaft — Ein Beitrag zur Theorie der mixed economy. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts, Bd. 37, Berlin 1977, in Druck. — *Haffner*, F. (1977 b): Institutionelle Ursachen und Hemmnisse für inflationäre Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2/1977. — *Hensel*, K. P.: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, herausgegeben v. K. P. Hensel, Bd. 1, Stuttgart 1954. — *Hirsch*, H.: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion. Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V., Bd. 5, Reihe B. Studien zur Ökonomik der Gegenwart, herausgegeben v. E. v. Beckerath u. E. Salin. Basel-Tübingen 1957. — *Jampol'skij*, M. M.: Resursy kratkosročnogo kredita, (Die Ressourcen des kurzfristigen Kredits), Moskva 1974. — *Konnik*, I. I.: Zakonomernosti vzajmosvjazi tovarnogo i deneznogo obraščeniya pri socializme, (Die Gesetzmäßigkeiten der Wechselbeziehungen des Waren- und Geldumlaufs im Sozialismus), Moskva 1968. — *Kosoj*, A. M.: Balansovyj metod učeta bankovskogo platežnogo oborota, (Die Bilanzmethode der Abrechnung des bankmäßigen Zahlungsumlaufs), in: Den'gi i kredit, 9/1974, S. 33 - 47. — *Lebig*, W., *Nahrstedt*, R.: Die Bedeutung der Übereinstimmung materieller und finanzieller Planung für die Sicherung der Stabilität des Geldumlaufes und der Staatsfinanzen, in: Wirtschaftswissenschaft 11/1972, S. 1658 - 1662. — *Lopatkin*, V. G.: Tovarnye otnošenija i zakon stoimosti pri socializme, (Die Warenbeziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus), Moskva 1966. — Politische Ökonomie des Sozialismus (Übersetzung a. d. Russischen, 1971). Autorenkollektiv unter Leitung von A. F. Rumjancev. Frankfurt/M. 1973. — *Robinson*, J.: Quantitätstheorien: Alt und Neu (Übersetzung a. d. Englischen, 1970), in: Der Neue Monetarismus, herausgegeben von P. Kalmbach, München 1973. — *Šabanova*, N.: O beznaličnych rasčetah i roli kredita v sfere obraščeniya, (Über bargeldlose Verrechnungen und die Rolle des Kredits in der Umlaufsphäre), in: Den'gi i kredit, 11/1968, S. 3 - 9. — *Solov'ev*, A. S.: Sistemnyj analiz i matrič-

nyj balans kreditnodeneznych otnošenij, (Systemanalyse und Matrixbilanz der Geld-Kredit-Beziehungen), in: *Ekonomika i matematičeskie metody*, 1/1971, S. 3 - 12. — *Štejnšlejger, S.*: Nekotorye voprosy ekonomičeskogo vozdejsťvija Gosbanka SSSR na chozjajstvo. (Einige Fragen der ökonomischen Einwirkung der Gosbank der UdSSR auf die Wirtschaft), in: *Den'gi i kredit*, 8/1968, S. 16 - 24. — *Svešnikov, M.*: Deneznyj oborot v socialističeskoj ekonomike, (Der Geldumlauf in der sozialistischen Wirtschaft), in: *Voprosy ekonomiki* 12/1974, S. 42 - 52. — *Valvoj, D.*: O planomernom ispol'zovanii tovarnodeneznych otnošenij, (Über die planmäßige Anwendung der Ware-Geld-Beziehungen), in: *Planovoe chozjajstvo* 2/1974, S. 98 - 109. — *Zacharov, V. S.*: Voprosy analiza deneznogo oborota, (Fragen der Analyse des Geldumlaufs), in: *Den'gi i kredit*, 2/1976, S. 42 - 48. — *Zajdenvarg, V.*: K voprosu o kredite kak edinom istočnike formirovanija oborotnyh sredstv predprijatij, (Zur Frage der Kredite als einheitlicher Quelle der Bildung der Umlaufmittele der Betriebe), in: *Finansy SSSR*, 11/1968, S. 38 - 45. — *Zinn, G. Z.*: Sozialistische Planwirtschaft. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1971. — *Zlobin, I.*: Tovarnoe i deneznoe obraščenie v processe socialističeskogo vosproizvodstva, (Waren- und Geldumlauf im Prozeß der sozialistischen Reproduktion), in: *Ekonomičeskie nauki*, 2/1971, S. 11 - 22.

### Zusammenfassung

#### Die Einflüsse der zentralen Geldumlaufplanung auf Planerfüllung und monetäre Stabilität

Das monetäre System der sozialistischen Länder Ost-Europas wird häufig als ein relativ passiver, von der Mengenplanung abhängiger Planungsbereich verstanden, von dem nur in geringem Umfang eigenständige Einflüsse ausgehen. Seitdem aber sozialistische Wirtschaft als ein System verstanden wird, in dem „Ware-Geld-Beziehungen“ als ordnungsgemäße Bestandteile (vorläufig) bestehen bleiben und die Betriebe als „sozialistische Warenproduzenten“ neben den dominierenden Planzielen auch Entscheidungsspielräume besitzen, die sie in Orientierung an eigenen Zielen ausfüllen, ist auch theoretisch offenkundig, daß das Geldsystem und die monetären Instrumente Einflüsse auf die Wirtschaft ausüben, die vor allem in der Förderung oder Behinderung der Planerfüllung und der monetären Stabilität zutage treten.

Die Wirksamkeit des monetären Systems ist durch eine Reihe von institutionellen Besonderheiten geprägt, die im Hinblick auf die Geldumlaufplanung untersucht werden. Die theoretischen Grundlagen für eine zentrale Geldumlaufplanung sind relativ schwach entwickelt. Erst allmählich wird die Vorstellung überwunden, daß das Kreditvolumen durch die Einlagen beschränkt sei — obwohl in der Praxis eine solche Beschränkung kaum je wirksam geworden ist. Bis heute gibt es eine Geldpolitik mit dem Ziel makroökonomischer Steuerung nicht; allein im Mikrobereich sollen die Banken ihre Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten in Dienste der Planerfüllung und Effizienzsteigerung einsetzen.

Der weitgehend vom Buchgeldkreislauf getrennte Bargeldumlauf wird durch die Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben sowie den Kassenplan der Staatsbank gesteuert. Nur der letztere hat direktiven Charakter, kann aber kurzfristig kaum den Stabilitätsanforderungen angepaßt werden, während die Bilanzen der Geldeinnahmen und -ausgaben, insbesondere auf der Ausgabenseite, nur Prognose-Charakter haben. Die planmäßige Auszahlung der Löhne und ihre Aufstockung durch zusätzliche Lohnfonds und Prämienzahlung ist zwar ein Mittel, die Planerfüllung zu fördern, bedroht aber die Stabilität dann, wenn die Planerfüllung gütermäßig nach Umfang und Struktur nicht der Nachfrage entspricht. Die Alimentierung des Bargeldumlaufs ist deshalb zwar in der Regel planmäßig, aber gemessen an den realen Umsatzmöglichkeiten eher zu großzügig. Daß eine Entsprechung nicht gelingt, liegt deshalb nicht bei der Geldemission, sondern bei der mengen-, sortiments- und qualitätsmäßigen Disproportion in der Produktion.

Im Bereich der Zahlungen zwischen den Betrieben untereinander und zwischen den Betrieben und dem Staat, also im Buchgeldkreislauf, erfolgt die Planung der Geldströme lediglich durch die Kreditbilanz, die — ebenso wie die Ausreichung einzelner Kredite — streng planorientiert ist. Kredite sollen die Plandurchführung unterstützen; auch bei Finanzierungsschwierigkeiten infolge von Planverstößen wird die Kreditausreichung mit dem Ziel der Plandurchsetzung elastisch und damit eher stabilitätsgefährdend gehandhabt. Praktisch ist für die Betriebe die Finanzierung ein geringes Problem, wenn auch bürokratische Hemmnisse bestehen und u. U. Sanktionen verhängt werden. Dies bedeutet, daß das Geldsystem auch hier eher weich ist, wenn auch keineswegs aktiv inflationär. Nur durch stringente Planung der Produktion und Güterverteilung kann eine offene Instabilität weitgehend — außer auf den Märkten für Neuheiten und auf den informellen Märkten — vermieden werden. Knappheiten auf vielen Sektoren des Produktionsmittelbereichs ist auch hier ein Zeichen für partiell zurückgestaute Inflation.

### Summary

#### **The Influence of Central Planning of the Circulation of Money on Target Achievement and Monetary Stability**

The monetary system of the socialist countries of eastern Europe is frequently regarded as a relatively passive area of planning that is dependent on quantitative planning and exerts influence of its own only to a slight extent. But ever since the socialist economy has been comprehended as a system in which "good-money relationship" continue (for the time being) to be due components of it and the plants, in their capacity as "socialist producers of goods", also possess latitude for decisions which, though subject to the overriding plan targets, they utilize to orient themselves to their own objectives, it is also theoretically manifest that the monetary system and the monetary instruments exert influence on the economy, which becomes evident primarily in the furthering or hindering of fulfilment of the plan and monetary stability.

The effectiveness of the monetary system is marked by a series of institutional peculiarities, which are examined here in the light of money circulation planning. The theoretical foundations of central planning of the circulation of money are relatively poorly developed. Only gradually is the conception being overcome that the volume of credit is limited by the deposits — although in practice a limitation of this nature has hardly ever become effective. Up to the present, there is no monetary policy with the goal of macroeconomic control; only in the microeconomic sphere are the banks expected to employ their control and influence potential in the interest of plan fulfilment and efficiency improvement.

The cash circulation, which is largely separate from the circulation of book money, is controlled by the balance of cash receipts and disbursements and the cash plan of the state bank. Only the latter has the character of a directive, but can hardly be adapted at short notice to stability requirements, while the balances of cash receipts and disbursements have only the character of forecasts especially on the disbursements side. The payment of wages according to plan and their augmentation by way of additional wage funds and bonus payments is, of course, a means to further fulfilment of the plan, but is a threat to stability when plan fulfilment does not match demand for goods with respect to quantity and structure. The feeding of cash into the circulatory system is therefore carried out according to plan as a rule, but measured against the real sales possibilities it tends rather to be too liberal. The fact that matching is not successful is therefore due, not to the issuing of cash, but to the disproportion of output with respect to quantity, assortment and quality.

In the area of payments between plants and between the plants and the government, that is in book money circulation, planning of the money flows is based solely on the credit balance which — just like the granting of individual credits — is strictly oriented to the plan. Credits are intended to assist execution of the plan; also in the event of financing difficulties resulting from noncompliance with the plan, credit granting with the object of pushing the plan through becomes flexible and hence tends rather to endanger stability. In practice, financing is a minor problem for the plants, although there are bureaucratic impediments and under certain circumstances sanctions may be imposed. This means that in this respect, too, the monetary system tends to be soft, although by no means actively inflationary. Only by stringent planning of production and the distribution of goods can open instability be avoided — except on the market for novelties and on the informal markets. Scarcities in many sectors of the means-of-production sphere are here, too, a sign of partially dammed up inflation.



## Résumé

### **Les effets de la planification centrale de la circulation monétaire sur la réalisation du plan et sur la stabilité monétaire**

Le système monétaire des pays socialistes d'Europe de l'Est est souvent compris comme un segment, relativement passif, de la planification globale et ne dégageant guère d'influences originales. Mais depuis que l'économie socialiste est comprise comme un système conservant (provisoirement) les « relations marchandise-argent » au titre de parties intégrantes du système et que les entreprises, « productrices socialistes de biens », disposent en juxtaposition aux objectifs prédominants du plan également de marges de décisions orientées sur la satisfaction d'objectifs propres, il est théoriquement notoire que le système monétaire et que les instruments monétaires exercent des influences sur l'économie qui se manifestent plus particulièrement dans la promotion de ou l'entrave à la réalisation du plan et dans la stabilité monétaire.

L'efficacité du système monétaire est empreinte d'une série de particularités institutionnelles qui sont ici étudiées du point de vue de la planification de la circulation monétaire. Les fondements théoriques de la planification centrale de la circulation monétaire sont relativement peu développés. L'on abandonne graduellement l'idée que le volume du crédit est limité par celui des dépôts — restriction qui d'ailleurs dans la pratique n'a jamais été efficace. L'on ne pratique jusqu'à présent pas de politique monétaire à orientation macroéconomique; en microéconomie seulement les banques doivent mettre leurs moyens de contrôle et d'intervention au service de la réalisation du plan et de l'amélioration de l'efficacité.

La circulation de la monnaie fiduciaire, qui est nettement distincte du circuit scriptural, est commandée par la balance des recettes et des dépenses monétaires ainsi par le plan de caisse de la banque d'émission. Ce dernier a seul un caractère directif, mais il se plie malaisément à court terme aux exigences de la stabilité, tandis que les balances des recettes et des dépenses monétaires n'ont, surtout du côté des dépenses, qu'un caractère prévisionnel. Le versement planifié des salaires et leur accroissement par des fonds salariaux complémentaires et par des primes sont à n'en pas douter un moyen d'indication à la réalisation du plan, mais qui porte atteinte à la stabilité lorsque cette réalisation ne correspond pas en volume et en structure de production à la demande. Si l'alimentation de la circulation fiduciaire est donc généralement conforme au plan, elle n'en est pas moins plutôt excessive lorsqu'on la mesure à ses possibilités réelles de rotation. L'absence de correspondance ne résulte donc pas de l'émission monétaire, mais de la disproportion quantitative, qualitative et d'assortiment de la production.

Dans le domaine des paiements inter-entreprises et entre les entreprises et l'Etat, c. à. d. dans le circuit scriptural, la planification des flux monétaires s'effectue exclusivement par la balance du crédit qui — comme d'ailleurs l'octroi des crédits individuels — est strictement planifiée. Les crédits doivent participer à l'exécution plan lors de difficultés de financement

provoquées par des infractions au plan, l'on manipule avec souplesse la dispensation du crédit en vue de réaliser le plan, ce qui a des effets périlleux pour la stabilité. En pratique, le financement est pour les entreprises un problème mineur malgré d'éventuelles entraves bureaucratiques et d'éventuelles sanctions. Ceci signifie que le système monétaire est également souple dans ces pays, encore que nullement activement inflationniste. Une planification très stricte de la production et de la distribution des biens peut seule s'opposer avec succès à une instabilité publique, sauf cependant sur les marchés d'innovations et sur les marchés informels. Des pénuries dans de nombreux secteurs des moyens de production sont également les indices d'une inflation partiellement refoulée.